



Bundesministerin der Verteidigung  
Frau Dr. Ursula von der Leyen, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Präsident:**  
**Präses Ansgar Hörsting**  
Goltenkamp 4  
58452 Witten

hoersting@bund.feg.de

Telefon: 02302 937-18  
Fax: 02302 937-99

Witten, den 12.5.2014

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

vor gut einem Vierteljahr sprachen Sie vor dem internationalen Fachkreis zum Thema Außen- und Sicherheitspolitik auf der 50. Münchener Sicherheitskonferenz über die deutsche Verantwortung. Uns hat Ihre Rede bewogen, dieses Thema aufzunehmen und weiter zu denken. Wir haben uns dafür Zeit genommen, es in unsere Gremien getragen und auf diversen Ebenen in unseren Kirchen diskutiert. Mit einem gewissen Abstand, nach einem breiten Meinungsbildungsprozess, erlauben wir uns nun, dazu einige Gedanken einzubringen.

Sie sprachen davon, dass Deutschland fest zu seinen Verpflichtungen gegenüber der UN, der NATO und der EU steht und stehen wird. Lobend gingen Sie auf den politischen und militärischen „Modernisierungsschub im Bündnis“ ein, den der ISAF-Einsatz gebracht habe. Sie zeigten sich beeindruckt vom Zusammenspiel der ISAF-Staaten im Afghanistan-Krieg, nannten ihn eine „multinationale Zusammenarbeit in ihrer besten Ausprägung“.

Das mag rein „handwerklich“ in Bezug auf das militärische Zusammenspiel eine Möglichkeit der Auswertung sein. Uns fällt ein solches Lob schwer. Wir fragen stattdessen, ob alle zivilen, diplomatischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten ausgeschöpft waren, um deutsche Verteidigungsinteressen in Afghanistan durchzusetzen. Ebenfalls fragen wir nach Sinn und Ziel des Einsatzes.

Weiterführend warben Sie darum, diese Zusammenarbeit noch enger aufeinander abzustimmen, also auch strategisch und politisch die Fähigkeiten- und Streitkräfteplanungen miteinander zu gestalten. Ihr Plädoyer und Angebot war, dass Deutschland in Europa und Europa im Rahmen der NATO gut und gerne stärker als bisher militärische Verantwortung übernehmen könnten und eine stärkere Belastung zu tragen bereit seien. Abwarten sei da keine Option angesichts der gegenwärtigen Krisen und Konflikte. Sie sehen Deutschland in der Pflicht und Sie begründen diese Pflicht auch damit, dass wir als „bedeutende Volkswirtschaft und als ein Land von erheblicher Größe“ ein starkes Eigeninteresse zu vertreten haben.

Wir als Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) wollen dafür werben und einstehen, die weltweiten Fragen der menschlichen Sicherheit stärker in den Blick zu nehmen als die der nationalen Sicherheit. Das Gemeinwohl als Globalwohl zu fördern, scheint uns dringender geboten als unsere „bedeutende Volkswirtschaft“ aus Eigeninteresse abzusichern und auch militärische Einsätze aus diesem Grund zu erwägen. Letztlich halten wir diese Sorge für das „Globalwohl“ auch für eine sinnvollere Friedensstrategie. Es geht darum, die Sicherheit und die

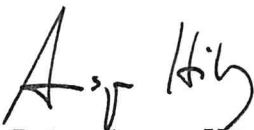
ausreichende Versorgung aller Menschen mit den zum Leben nötigsten Dingen zu ermöglichen. Vielfach geht es dabei sogar zunächst und dringlichst um das nackte Überleben vieler Mitmenschen.

Ihre Schlussperspektive war es, Sicherheitspolitik auch darin zu sehen, fragile Staaten mit „Ausbildung, Beratung, Hilfeleistung und, falls erforderlich, Ausstattung“ zu beliefern. Für all das sicherten Sie Ihren entschiedenen Einsatz zu.

Ja, sehr gerne wollen wir weiterreichen, was wir haben, besonders zu den Menschen, die es am nötigsten brauchen - aufbauende Hilfe, die Wohlstand und Frieden befördert; ein deutliches deutsches Engagement für Verteilungsgerechtigkeit und Initiativen, die die wirtschaftliche Stabilität und Prosperität weltweit als erklärtes Ziel beherzt angehen. Die „Ausstattung“ durch den Export militärischer Erzeugnisse sehen wir in keiner Weise als probates Mittel an, um die ursächlichen Problemstellungen in den Krisengebieten in Richtung einer dauerhaften Lösung zu beeinflussen. Wir sind sicher, dass zivile Einsätze, durch die gewaltfreie Konfliktlösungen gefunden werden können und Entwicklung gefördert wird, effektivere Maßnahmen zu wirksamer Hilfe sind. Und wir bieten als Freikirchen gerne unsere Unterstützung in solchen Bemühungen an.

Wir meinen, dass Deutschland in der Tat Großartiges einzubringen hat, um nicht nur das Gemeinwohl als nationales Wohl, sondern den Frieden und den Wohlstand als Globalwohl im weltweiten Miteinander aller Völker zu suchen. Sehr gerne würden wir eine deutsche Außen- und Sicherheitspolitik unterstützen, die sich dem aus Überzeugung verschreibt. Das halten wir – im Gegensatz zur Ausweitung des militärischen Engagements - für eine zukunftsfähige Politik.

Mit freundlichen Grüßen



Präses Ansgar Hörsting,  
VEF-Präsident



Bischöfin Rosemarie Wenner,  
Vizepräsidentin VEF